

„Wir haben die Weichen richtig gestellt“

Interview mit Sören Bartol, Berichterstatter der Bundestagsfraktion zum Programm „Soziale Stadt“, und Bernd Scheelen, Leiter der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

DEMO: Herr Sören Bartol, Herr Bernd Scheelen, hat sich das Programm „Soziale Stadt“ seit 1999 bewährt?

Bernd Scheelen: Programmbegleitung und Zwischenevaluation haben gezeigt, dass das Projekt schon bisher zur deutlichen Verbesserung der Lebenssituation in den Programmgebieten geführt hat.

Sören Bartol: Positive Veränderungen sind besonders im Wohnumfeld, bei Angeboten für Kinder und Jugendliche, der Stärkung von Eigeninitiativen und einer größeren „Vor-Ort-Nähe“ der Verwaltung festzustellen.

Wie wichtig waren die Vorarbeiten SPD-regierter Länder, die Anfang der 90er-Jahre ähnliche Programme auflegten?

Scheelen: 1993 startete die SPD-Landesregierung in NRW als erste ein „Integriertes Handlungsprogramm“, um schwierigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen in Stadtteilen entgegenzuwirken. 1994 folgte Hamburgs Armutsbekämpfungsprogramm und 1999 Berlins „Quartiersmanagement“.

Es gibt Kritik am Rückzug einzelner Länder aus dem Programm!

Scheelen: Niedersachsen wollte zunächst aus „politischen Gründen“ aussteigen. Das CDU-regierte Sachsen-Anhalt verzichtet aus „finanziellen Überlegungen“ auf 2,6 Million Euro. Ebenso auf das Know-how und Netzwerkunterstützung aus dem Projekt. Kurzsichtiger kann man die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Verwaltungszusammenarbeit nicht aufgeben.

Vielfach wird geklagt, die Ressortabstimmung zwischen allen öffentlichen Ebenen sei verbesserungsbedürftig.

Bartol: Die Ressortkooperation ist einer der entscheidenden Dreh- und Angelpunkte des neuen Ansatzes, den wir mit diesem Programm in der Politik initiiert haben. Wir brauchen daher unbedingt eine Wiederbelebung der – teils eingeschlafenen – Zusammenarbeit der Ressorts und der Mittelbündelung auf allen föderalen Ebenen. Auf der Bundesebene wollen wir dafür eine interministerielle Arbeitsgrup-



Foto: Deutscher Bundestag

Sören Bartol.

pe der betroffenen Ressorts einsetzen.

Schließlich wird auch Kritik an einzelnen Kommunen geübt. Wie sollte das Programm „Soziale Stadt“ ablaufen, damit es nicht nur ein „Sahnehäubchen“ für unerfüllte Wünsche lokaler Bau- und Sozialbehörden bleibt?

Scheelen: Soziale Stadt ist kein langfristiges Investitions- und Förderprogramm gegen kommunale Defizite oder das Hobby eines Bürgermeisters. Es soll Initialzündung geben für zukünftige Entwicklung aus eigener Kraft. Gemeinsam müssen die Stärke des Stadtteils genutzt und erkannte Probleme überwunden werden. „Gemeinsam“ bedeutet ressortübergreifende Verwaltungszusammenarbeit, die Partizipation lokaler Akteure und der Bevölkerung.

Laut der Evaluierung von 2004 wurden die Schulen bisher zu wenig einbezogen. Wie kann man das verbessern?

Scheelen: „Schule“ ist notwendiger, integraler Teil des Stadtteilerneuerungsprozesses. Dies müssen Kommunalpolitiker, Schulverwaltung, Lehrer, Eltern und Schüler zunächst einmal erkennen und dann dafür gewonnen werden, diesen Lebensraum gemeinsam zu gestalten.

Bartol: In dem Zusammenhang steht für mich aber auch ein Appell vor allem an die

CDU-geführten Länder: Sie sollten mitwirken, wenn es darum geht, dass im Ganztagserschulungsprogramm des Bundes ein Schwerpunkt in den Soziale-Stadt-Gebieten gesetzt wird.

Wie könnte man die lokale Wirtschaft noch stärker einbeziehen?

Scheelen: Das Jugendprogramm „Übergang von der Schule in den Beruf“ könnte als Vorbild für die integrative Wirkung lokaler ökonomischer Kreisläufe dienen. Kommunale Wirtschaftsförderung, Jugendhilfe, Kammern, Verbände, Arbeitsamt, die Schule, freie Träger, ethnische Gruppen und Betriebe arbeiten als aktives Netzwerk erfolgreich zusammen. Dabei sind Absprachen und Akzeptanz unterschiedlicher Arbeitsweisen der Beteiligten wichtig. Fachspezifische Stärken können so genutzt werden. Ein lebendiger Stadtteil bedeutet auch Arbeit und Arbeitsplätze.

Liegt der Schwerpunkt des Programms „Soziale Stadt“ auf der Förderung junger Menschen, Senioren, Migrantinnen und Migranten benachteiligter Quartiere?

Scheelen: Der Bezugspunkt des Programms ist das Gebiet, nicht eine bestimmte Klientengruppe. Deshalb ist eine genaue Stadtteiluntersuchung, eine klare Zielsetzung und – darauf aufbauend – eine kontinuierliche, qualitative Programmarbeit notwendig. Das gilt für die Förderung individueller Lebenschancen von MigrantInnen, Senioren, Jugendlichen, Frauen, Menschen in schwierigen Lebenslagen ebenso wie die gezielte Identifikation mit dem Stadtteil. Ein „Wir-Gefühl“ ist wichtig, aus dem heraus Beteiligung möglich wird. Städtebauliche Maßnahmen und die Verbesserung einer Infrastruktur gestalten den äußeren Rahmen.

Was bedeutet die Verankerung des Programms im Baugesetzbuch und der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes?

Bartol: Beides spiegelt unsere Anstrengungen, die Bedeutung des Programms und seine Fortführung sicherzustellen. Es ist ein Erfolg bei der derzeit nicht ganz einfachen Finanzsituation, dass wir die Finanzierung auf nahezu demselben Stand der

letzten Jahre fortführen werden. Und: Allein in den ersten fünf Jahren sind über eine Milliarde Euro Fördermittel von Bund, Ländern und Kommunen in die „Soziale Stadt“ geflossen – dabei sind die Mittel der nicht staatlichen Organisationen wie etwa der Wohnungsbaununternehmen noch gar nicht eingerechnet.

Wie kann man Anwohnerinnen und Anwohner stärker aktivieren und beteiligen?

Scheelen: Probleme und Wünsche der Bürger müssen lokal erkannt und für alle verständlich formuliert werden. Nur dann erscheint es ihnen sinnvoll mitzuwirken. Hinzu kommt die kontinuierliche Unterstützung durch Multiplikatoren bzw. Mediatoren, eine begleitende Pressearbeit. Unabdingbar aber ist das Signal von Kommunalpolitikern, aktiv und unbürokratisch an diesem bürgerschaftlichen Engagement teilzunehmen.



Foto: Bundestagsfraktion

Bernd Scheelen.

Gibt es Kriterien für die Aufnahme von Programmgebieten und wie werden die Erfolge oder Misserfolge kontrolliert?

Bartol: Wir wollen, dass gemeinsam mit den Ländern entsprechende Kriterien- und Indikatorensettings entwickelt werden. Wir halten das für wichtig, damit zum einen in den Quartieren selbst beurteilt werden kann, inwiefern gesteckte Ziele erreicht wurden und was noch verbessert werden kann. Und zum anderen brauchen wir möglichst bundeseinheitliche Indikatoren, um auch einen von uns geforderten regelmäßigen Stadtentwicklungsbericht möglich zu machen – der be-

darf ja einer Datengrundlage.

Erbrachte die Bundestagsanhörung am 13. April neue Erkenntnisse?

Bartol: In der Anhörung haben mich die Aussagen der Sachverständigen darin bestätigt, dass wir die grundlegenden Weichen zur bundespolitisch optimalen Weiterentwicklung der „Sozialen Stadt“ mit unserem Antrag richtig gestellt haben: Vertiefung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit und Mittelbündelung, Stärkung der Schlüsselthemen Bildung, Integration von MigrantInnen und Qualifizierung und Beschäftigung.

Interview: Stefan Grönebaum

□ Sören Bartol, ☎ (030) 227-70191, ✉ soeren.bartol@bundestag.de, Bernd Scheelen, AG Kommunalpolitik, ☎ (030) 227-53644, ✉ pinkvoss@spd-fraktion.de

Praktische Hilfe gegen soziale Abschussfahrt im Viertel

Mit Franz Müntefering auf Tour durch die „Soziale Stadt“ Gelsenkirchen-Bismarck

Noch fünf Wochen bis zur NRW-Landtagswahl am 22. Mai. Franz Müntefering wirbt samstagsmittags in der Gelsenkirchener Innenstadt für SPD-Stimmen. Im Stadtteil Bismarck wird der Parteivorsitzende am frühen Abend Jubilare für 60 und 75 Jahre SPD-Mitgliedschaft ehren. Dazwischen eine Infotour durch das Viertel, die Müntefering „auch ein wenig stolz macht“. Als Bundesbauminister hatte er 1998 das Förderprogramm „Soziale Stadt“ auf den Weg gebracht.

Der Rückgang der Montanindustrie prägt Gelsenkirchen-Bismarck. Eine weitere soziale Abschussfahrt droht. Die stufenweise Stilllegung des Steinkohle-Bergwerks Consolidation – kurz: Consol – bis 1995 kostete rund 4 000 Arbeitsplätze und hinterließ eine 25 Hektar große Industriebrache. Die Umgebung der stillgelegten Zeche ist auch von Armut der Bevölkerung geprägt: alles andere als eine „bevorzugte Wohngegend“ in der Ruhrgebietsstadt. „Die Politik darf die Menschen dort nicht mit ihren Problemen alleine lassen“, sagt Müntefering. Private Unternehmen machen um Bismarck noch einen Bogen. Sie



Foto: Hoppe

Karl-Heinz Dyba (1. Reihe Mi.) zeigt Franz Müntefering (re.) und Gelsenkirchens MdB Jochen Poß (li.) die Aktivitäten des Initiativkreises Bergwerk Consolidation.

investieren – wenn sie investieren – in Wachstumsregionen.

Eines neben vielen weiteren ist „Frustfresen“ und dadurch Übergewicht, weiß Helmut Lübbert: „Armut macht dick! Und dick macht krank!“ Lübbert ist Geschäfts-

führer des Gesundheitshauses „Lahrhof“, die erste Station auf Franz Münteferings Bismarck-Tour. Schon zu Bergbauzeiten war der denkmalgeschützte „Lahrhof“ mitten in der Consol-Zechenkolonie die betriebsärztliche Abteilung des Bergwerks.

Ein zentraler Schwerpunkt des neuen Gesundheitshauses ist es heute, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Die Angebote vermitteln altersgerecht gesundheitsbezogenes Wissen. Ein Kurstitel lautet zum Beispiel „Essen und Trinken ist cool!“ Die Kinder lernen da spielerisch, welche Nahrung fit und welche krank macht. Die Eltern, meistens die Mütter, werden zur gleichen Zeit in einem anderen Kurs informiert – Hilfe zur Selbsthilfe. Auch die Krankenkassen finanzieren die Vorbeugungsprogramme des Gesundheitshauses mit.

Die nächste Station von Franz Münteferings „Soziale Stadt“-Tour ist das frühere Bergwerksgelände, einen Steinwurf entfernt gegenüber der Wohngegend. Ein Fernsehteam nutzt dort vor einem neugewonnenen Maschinenhaus die Gelegenheit zu einem kurzen, aktuellen Interview. Kritik an „Hartz IV“ angesichts der gestiegenen Arbeitslosenzahlen weist der SPD-Vorsitzende darin zurück: „Die Arbeitsmarktreform ist kein Beschäftigungsprogramm. Aber sie hat doch zum Beispiel in Zahlen ganz deutlich gemacht, wie viele Jugendliche vorher von der Sozialhilfe abhängig waren!“ Und die könnten nun im Rahmen der neuen Strukturen nach der Arbeitsmarktreform wieder an Beschäftigung herangeführt werden.

Wie etwa im Consol-Theater: Es ist 2001 in dem umgebauten Maschinenhaus eröffnet worden. Seitdem werden dort jährlich zwei bis drei Kinder- und Jugendtheaterstücke inszeniert. Und hier entstehen außerdem Musik-, Tanz- und Theaterprojekte, in denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene angeregt und ermutigt werden, eigene, nicht nur künstlerische Impulse zu entdecken und zu verwirklichen.

Gründer Michael Geers erläutert Müntefering das breite Spektrum und hebt als ein Beispiel die geförderte Qualifikation „STAGE“ hervor. Zwischen Schule und Beruf lernen hier rund 20 junge Leute zwischen 16 und 25 Jahren. Auf dem Programm stehen Grundtechniken des Theaterspiels, schauspielerische Darstellung und mehr. Körpertraining, Bühnenfechten, Tanz, Improvisation, Maskenspiel, Stimmbildung – zur Stärkung des Selbstbewusstseins. „Und das macht fit für jeden späteren Beruf“, sagt Geers. „Auch für die Politik?“, wird aus der Gruppe gescherzt. „Mit Rollenspielen sind Politiker doch vertraut!“, schmunzelt der Theaterleiter.

DEMO 5/2005

In Bismarck wird schon seit Anfang 1995 im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscherpark ein Stadtteilprogramm schrittweise entwickelt und umgesetzt. Um das damalige IBA-Leitprojekt, die Zechenbrauche wieder zu nutzen, ranken sich viele bauliche und soziale Projekte mit einem möglichst hohen Grad von Beschäftigung und Qualifizierung. Nutzer und Nachbarn beteiligten sich von Anfang an weitgehend an der Planung. Das stiftet Identifikation im und mit dem Stadtteil.

Im Herbst kann die gemeinnützige Gelsenkirchener Musikerinitiative IKM in einem weiteren umgebauten Zechengebäude das Musikprobenzentrum „Consol4“ eröffnen. Es bietet in 38 schalldichten Räumen Platz für rund 70 Bands. „Platz für ein lebendiges, sich gegenseitig befruchtendes Milieu, in dem Jugendliche und Heranwachsende eine Basis finden, ihre Musik und sich selbst weiterzuentwickeln“, erklärt IKM-Vorsitzender Kai Löbberdt das künftige Projekt dem SPD-Vorsitzenden.

Der kann danach einen Blick in die Zechevergangenheit werfen. Um die kümmert sich der Initiativkreis Bergwerk Consolidation (IBC), indem er zum Beispiel die Dampfmaschine einer Seilfahrt seit der Zechenstilllegung in regelmäßigen Abständen pflegt. Es ist eine der letzten, die im Ruhrgebiet installiert wurden und darüber hinaus die größte, die von der Gutehoffnungshütte (GHH) je gebaut wurde.

Ehemalige Bergleuten der Zeche sowie andere historisch und technisch interessierte Bürger aus dem Stadtteil hatten den IBC gegründet. Der Vorsitzende Karl-Heinz



Fotos (2): Hoppe

Der SPD-Vorsitzende nutzt sogar Besuchspausen, um Medien seine Botschaften zu vermitteln.

Dyba präsentiert Müntefering stolz die Geschichte des „Pütts“. Nicht nur die Dampfmaschine, sondern auch sich in bergmännischer Tracht. In dem Maschinenhaus entsteht rund um die Maschine ein kleines lokales Bergbaumuseum.

Die Jubilare warten schon auf den SPD-Vorsitzenden in der ehemaligen Schule der Consol-Kolonie. In dem denkmalgeschützten Gebäude betreibt die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ein Internationales Migrantenzentrum mit zahlreichen Angeboten für die vielen Bürgerinnen und Bürger Bismarcks mit ausländischer Herkunft. Die Zeit ist inzwischen mehr als knapp, Franz Müntefering kann sie noch für ein kurzes Gespräch mit dem Leiter des Hauses Heinrich Lübke und AWO-Berater Milan Stenojevic nutzen, muss dann aber in die SPD-Feier eilen. Am Ende des Nachmittags ein wenig mehr stolz auf das Programm „Soziale Stadt“.

Andreas Uphues

Preisträger der „Sozialen Stadt NRW“

Seit 1. November 2004 wurden im Wettbewerb „Soziale Stadt NRW“ Vorhaben gesucht, die die Lebenslage von Bewohnern der Stadtteile der „Sozialen Stadt NRW“ verbessern. Elf von 53 Initiativen aus dem Programm wurden am 8. April von MP Peer Steinbrück und Städtebauminister Michael Vesper in Gelsenkirchen prämiert.

Sieger ist die deutsch-türkische Bürgerinitiative „Gülhane Elise“ für ihr Projekt „Rosenskalender“ in Duisburg-Marxloh. Der Garten soll eine katholische Kirche und eine geplan-

te Moschee verbinden und Begegnungsstätte für interreligiösen und interkulturellen Dialog sein. Zweiter wurde Wuppertal-Osterbaum für eine Lichtinstallation, der die Treppenanlagen des Stadtteils betont. Dritte wurden der Verein Zolltouristik in Essen-Katernberg für touristische Vermarktung eines Industriestandorts und Aachen Ost für einen Film über Menschen im Aachener Osten. *nr*

Preisträger und Infos unter www.imagewettbewerb.soziale-stadt.nrw.de und www.soziale-stadt.nrw.de